

27.08.2006

Mazedonien hat wieder eine konservativ geführte Regierung
Gruevski verspricht wirtschaftlichen Aufschwung – Ahmeti droht mit Krieg

Am Samstag, den 26.08.2006, kurz vor Mitternacht verkündete Parlamentspräsident Georgievski das Abstimmungsergebnis: Von den anwesenden 90 Abgeordneten stimmten 68¹ für die neue Regierung von Nikola Gruevski, 22 stimmten dagegen. In seiner Rede vor dem Parlament nannte Gruevski drei wesentliche Ziele für die nächsten vier Jahre: Ein Wirtschaftswachstum von mindestens sechs Prozent, den Beitritt zur NATO 2008 und die EU-Integration 2010. Während der Abstimmung demonstrierten Tausende Anhänger der albanischen DUI vor dem Parlament und forderten eine Beteiligung an der Macht. Parteichef Ahmeti drohte mit Krieg und kündigte an, die neue Regierung nicht anzuerkennen.



Am Freitagvormittag, den 25.08.2006, um 11.00 Uhr eröffnete Parlamentspräsident Ljubiša Georgievski die dritte Sitzung des am 5. Juli 2006 neu gewählten Parlaments. Wesentlicher Tagesordnungspunkt war die Wahl der neuen Regierung. Von den 120 Abgeordneten fanden sich 90 ein. Damit war das Parlament beschlussfähig. Zu Beginn verlas der Parlamentspräsident eine Liste von Abgeordneten, die sich „außerstande sahen“, der Sitzung beizuwohnen. Darunter befanden sich alle 14 Abgeordneten der DUI², die drei Abgeordneten der PDP³ und auch der ehemalige Premierminister Lubčo Georgievski von der VMRO-NP.

In seiner Rede vor dem Parlament kündigte Nikola Gruevski umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger an. Die Unternehmenssteuern sollen mit künftig zehn Prozent die niedrigsten in Europa werden und so ausländische Unternehmen anlocken. Das Haushaltsdefizit soll um 1,5 % gesenkt und ein Wirtschaftswachstum von jährlich sechs bis acht Prozent des BSP erreicht werden. Die Integration Mazedoniens in die NATO und EU soll oberste Priorität haben. „Um unser Ziel der NATO-Mitgliedschaft 2008 zu erreichen, werden wir die Verpflichtungen, die der Maßnahmenkatalog für den NATO-Beitritt vorsieht, sehr gründlich erfüllen. Unsere eigentliche Anstrengung gilt dem Beginn der Verhandlungen zur EU-Mitgliedschaft während des Jahres 2007. Wir werden alles Erforderliche tun, um die Beitrittskriterien vor 2010 zu erfüllen“, sagte Gruevski in seiner Rede. Die künftige Regierung werde auch an der Lockerung der strengen Visabestimmungen der EU arbeiten und eine Lösung in der Auseinandersetzung mit Griechenland um den Staatsnamen anstreben.



¹ Damit stimmten sieben Abgeordnete mehr für die Regierung als die erforderliche Mehrheit von 61 Abgeordneten.

² Demokratische Union für Integration, ehemaliger albanischer Koalitionspartner der abgewählten Regierung.

³ Demokratische Partei für Prosperität, kleinere albanische Partei des rechten Lagers, seit den Parlamentswahlen in einer Listenkoalition mit der DUI



Während der Parlamentssitzung fand eine **Demonstration Tausender Anhänger der DUI** vor dem Parlament statt. Diese forderten eine Beteiligung der DUI an der neuen Regierung. Nach den Wahlen hatten sich einige westliche Diplomaten für eine Beteiligung der DUI an der neuen Regierung ausgesprochen. Die DUI verstand dies als Unterstützung der gesamten „internationalen Gemeinschaft“ für ihren Regierungsanspruch und versuchte seitdem mit Straßenblockaden und Demonstrationen eine Teilhabe an der neuen Regierung zu erzwingen. Etliche

Botschafter hatten nun im Vorfeld der Demonstration versucht auf die Parteiführung der DUI einzuwirken, die Proteste nicht entgleisen zu lassen.

Der Parteichef der DUI, Ali Ahmeti (Mitte, links neben ihm die stv. Parteichefin Teuta Arifi), wurde von den Demonstranten mit Sprechchören, die seinen Namen und „UÇK, UÇK“ riefen, begrüßt. Erschienen waren alle Abgeordneten von DUI und PDP sowie fast alle Bürgermeister der DUI. Ahmeti kündigte an, die neue Regierung nicht anzuerkennen, da „*Gruevski den Willen der albanischen Mehrheit⁴ missachte*“. An Gruevski gerichtet sagte er, jeder sollte wissen, dass er (Gruevski) schon einmal einen Krieg mit den Albanern verloren habe und ihm nun das gleiche wieder passieren werde. Ahmeti sagte: „*Alle Versuche die Albaner zu entzweien werden vergeblich sein. Diejenigen, die glauben, damit erfolgreich zu sein, werden das scharfe Schwert von Skanderbeg zu spüren bekommen*“. Der ehemalige Landwirtschaftsminister, Sadulla Duraku, heizte die Demonstranten ebenfalls an. „*Wir erhoben uns, Karadak⁵ ging in Flammen auf; wenn es zum zweiten Mal brennt, werden wir für noch höhere Ziel kämpfen, Ja, die UÇK wird erneut gewinnen*.“ Der Parteichef der PDP, Abdylhadi Vejseli (im Bild rechts am Mikrofon) sagte, dass man es nicht zulassen werde, dass jemand auf der Würde der Albaner herumtrampole.



Nach rund einer Stunde löste sich die Menge wieder auf. Dass es trotz vereinzelter Rangeleien zwischen Demonstranten und der Polizei, die das Parlament absicherte, zu keinen größeren gewaltsamen Zwischenfällen kam, lag auch am massiven Auftreten der Polizei und der mazedonischen Antiterrorereinheit.

Im Parlament selbst war von den Vorgängen draußen nichts bekannt worden. Die abgewählte Regierungspartei SDSM zögerte die Wahl des neuen Regierungskabinetts hinaus, indem einige Abgeordnete Unterbrechungen für Fraktionsberatungen beantragten oder überlange Reden bei der Aussprache zu den vorgestellten Kabinettsmitgliedern hielten. Um 20.00 Uhr vertagte sich das Parlament bis zum folgenden Tag 11.00 Uhr. Auch am Samstag, den 26. August 2006, ging die Sitzung schleppend voran. Erst gegen 23.00 Uhr kam es zur Abstimmung. Anschließend verkündete der Parlamentspräsident, dass Mazedonien wieder eine neue Regierung habe und schloss die Sitzung.

Die designierten Mitglieder der neuen Regierung wurden in der Parlamentsaussprache von der alten Regierungspartei SDSM heftig attackiert. Besonders Mihajlo Manevski, früherer

⁴ Hauptargument Ahmetis ist, dass die DUI die Mehrheit der Albaner in Mazedonien repräsentieren würde. Bei einer Wahlbeteiligung von nur rund 47% in den albanisch bewohnten Gebieten, erreichten die DUI allerdings selten die absolute Mehrheit und stellt (ohne die drei Abgeordneten der PDP) nur 14 von 28 albanischen Abgeordneten. Die DUI ist daher nur von ca. 24 – 26 % der wahlberechtigten albanischen Bevölkerung gewählt worden.

⁵ Karadak ist der albanische Begriff für die ‚Schwarzen Berge von Skopje‘ (Skopska Crna Gora), die sich im Nordosten der Hauptstadt erstrecken. Gemeint ist hier besonders der Vorort Arančinovo, wo während des Konflikts 2001 die gesamte mazedonische Bevölkerung vertrieben wurde und bis heute nicht zurückkehren konnte.

Vorsitzender der Antikorruptionskommission und neuer Justizminister ist der Opposition ein Dorn im Auge, da er als „unbequem“ gilt. Die neuen Minister für Transport, Mile Janakievski (27) und das Innenressort, Gordana Jankulovska (31, im Bild links), wurden besonders wegen ihres Alters und fehlender politischer Erfahrung angegriffen. Neuer Verteidigungsminister wird Lazar Elenovski (35, Bildmitte) von der NSDP. Die beiden Minister ohne Portfolio, Vele Samak und Gligor Taskovik, lebten beide in den USA und sind nun für die Förderung von Investitionen aus dem Ausland zuständig. Als ausgewiesener Experte gilt der neue Finanzminister Trajko Slaveski, der als Professor für Makroökonomie an der Universität in Skopje lehrte und bereits von 2000 bis 2002 Wirtschaftsberater bei Gruevski war. Neuer Außenminister wird Antonio Milosoški (30), der in Deutschland promovierte. Weitere Regierungsämter, wie die Stellvertreter einzelner Minister und Staatssekretäre, aber auch die Ämter führender Beamter, werden erst in den nächsten Tagen besetzt.



Die neue Regierung übernimmt Verantwortung für ein Land, das in einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise steckt. Die alte SDSM-DUI-Regierung hinterlies ein Rekordstaatsdefizit sowie die niedrigste Investitionsrate und die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte des Landes.

Innenpolitisch kommt Gruevski zugute, dass in der SDSM durch die Wahlniederlage konkurrierende Lager um den Parteivorsitz entstanden sind und daher die größte Oppositionspartei zunächst mit sich selbst beschäftigt sein dürfte. Die Vorsitzende der VMRO-NP, Vesna Janevska, kündigte schon an, dass ihre Partei die neue Regierung unterstützen wird. Schwierig wird die politische Integration der DUI. Der Ministerpräsident kann die DUI schwerlich in die Regierung einbinden, nur weil diese einen Anspruch darauf erhebt. Die Oppositionsrolle für die DUI ist jedoch ein Gesichtverlust für Ahmeti und könnte seine Position in der Partei und damit deren innere Stabilität gefährden. Zudem haben einige Bürgermeister der DUI angekündigt, sich allen Anweisungen des VMRO-geführten Ministeriums für lokale Selbstverwaltung widersetzen zu wollen. Die Mehrheit der Albaner setzt trotz der polarisierenden Position der DUI auf ein friedliches Zusammenleben mit den slawischen Mazedoniern und ist primär an der Verbesserung der Lebensbedingungen interessiert.

Außenpolitisch ist neben dem Ziel der NATO- und EU-Integration, die Auseinandersetzung mit Griechenland um die Namensfrage immer noch belastend. Gruevski will die Beziehungen zu seinem Nachbarn verbessern, da Griechenland der größte ausländische Investor in Mazedonien ist. Die erste Auslandsreise soll jedoch nach Deutschland führen. Der Premier hofft auf die Unterstützung der deutschen Regierung für seine politischen Ziele. Eine erste Einladung aus Brüssel liegt vor. Der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, hat Ministerpräsident Gruevski für Anfang September zu Gesprächen eingeladen.

Ulrich Kleppmann